

LESSING - GYMNASIUM
MÜNDLICHE ABITURPRÜFUNG
- Präsentation -

Thema:

Vom politischen Moralisten zum moralischen Politiker. Auf dem Weg „Zum Ewigen Frieden“ – Eine Darlegung rechtsphilosophischer und geschichtsphilosophischer Positionen Kants

Berücksichtigen Sie bei der Bearbeitung des Themas neben den moralischen auch die erkenntnistheoretischen bzw. metaphysischen Positionen Kants!

Lektürehinweis:

Immanuel Kant: „Zum ewigen Frieden“

-- „Idee zu einer allgemeinen Geschichte in weltbürgerlicher Absicht“

von: Leah Judith Fischer

Inhaltlicher Ablauf der Präsentation

I.

Einleitung in das Thema
Die Imperative
OHP Folie

II.

Analyse des politischen Moralisten
Plakat an der Tafel

III.

Analyse des moralischen Politikers
Plakat an der Tafel

IV.

Der „ewige Frieden“ als ständiger Prozess – ein Resumée

Offene Fragen

Präferiert Kant in seiner Geschichtsphilosophie das Modell einer durch Konflikt sich entwickelnden, oder einer sich durch Konsens konstituierenden Gesellschaft?

Wie würde Kant die Institution der Vereinten Nationen angesichts der Ungleichzeitigkeit der Entwicklung der Völker beurteilen?

Zentrale Thesen und thematische Gliederung

I.

Recht und Moral als Grundlage des „ewigen Friedens“

- 1.) Der Weg „Zum ewigen Frieden“ verläuft auf drei Ebenen:
 - a. der transzendentalen
 - b. der erkenntnistheoretischen
 - c. der geschichtsphilosophischen
- 2.) Die bürgerliche, republikanische (die Exekutive von der Legislative trennende) Verfassung kann als einzige die Prinzipien der Freiheit und Gerechtigkeit gewährleisten
- 3.) Der Plan der Natur vollzieht sich in drei Stufen der Verrechtlichung (und damit Befriedung) der Sozialbeziehungen: der Konstitution des Staats-, Völker- und Weltbürgerrechts
- 4.) Moral ist theoretische Rechtslehre – ihr haben sich die politischen Akteure unterzuordnen. Sie ist funktionaler Begriff der Aufklärung. Sie ist objektiv und nicht etwa eine „Gesinnung“ oder „Tugendlehre“.
- 5.) Publizität ist das Prinzip moralischer Politik

II.

Der politische Moralist

- 1.) Der politische Moralist verfolgt allenfalls den Waffenstillstand, unmöglich aber den Frieden.
- 2.) Der politische Moralist politisiert die Moral im Sinne (taktischer) „Staatsklugheit“. Für ihn ist nicht Recht, sondern seine Politik die (beliebige) Moral.
- 3.) Moral dient dem politischen Moralisten als ethische Rechtfertigung.
- 4.) Der politische Moralist verfolgt Praktiken, aber nicht eine moralische Praxis.

III.

Der moralische Politiker

- 1.) Der moralische Politiker verwirklicht Staats-, Völker- und Weltbürgerrecht, in deren Konsequenz der ewige Friede entsteht.
- 2.) Der moralische Politiker ordnet sich dem Recht unter. Das Recht ist seine Moral. Er ersetzt „Staatsklugheit“ durch „Staatsweisheit“
- 3.) Die jederzeit ermöglichte Publizität rechtfertigt die Handlungen des moralischen Politikers.
- 4.) In moralischer Praxis eröffnet der moralische Politiker die Möglichkeit der Reform der Staatsverfassung in einem ständigen Prozess

IV.

„Ewiger Friede“ als ständiger Prozess

- 1.) Auf dem Weg zum weltbürgerlichen Zustand wird der politische Moralist dem moralischen Politiker weichen.
- 2.) Politik und Moral können gelangen in ständiger Reform und durch föderative Vereinigung, der Weltbürger im globalen Weltbund, in Übereinstimmung.

Meine Damen und Herren,

ich habe die Aufgabe, ihnen die Entwicklung der Herrschaftsausübung „Vom politischen Moralisten zum moralischen Politiker auf dem Weg „Zum ewigen Frieden““ in ungefähr der gleichen Zeit darzustellen, die man als geübter Leser braucht, um sich auch nur einen einzigen Satz Kants syntaktisch verständlich zu machen. Lassen sie uns also gleich *medias in res* beginnen:

Der Universalgelehrte Immanuel Kant veröffentlichte im Jahre 1795 ein Traktat, mit der Botschaft, es solle und werde keine Politiker mehr geben, die sich zur Rechtfertigung ihres prinzipienlosen Opportunismus situativ der Moral bedienen. Ich hoffe, dass Sie gespannt sind, wie dieses optimistische Konzept, ausgerechnet vor dem Hintergrund der Erfahrungen mit den rückständigen Regimes in Deutschland und der Terrorzeit in Frankreich begründet wird. Ich will es ihnen erklären:

Kant verfolgt das Ideal, die Utopie, eines Zustandes des ewigen Friedens auf drei analytischen Ebenen. Der transzendentalen [bitte beachten die diese Korrektur an meinen Thesen], der erkenntnistheoretischen und der geschichtsphilosophischen.

- Die transzendente meint die a priori gegebene Bedingung der Möglichkeit für moralisches Handeln,
- die erkenntnistheoretische die Wechselwirkung zwischen praktischer Vernunft und wachsender Aufklärung
- die geschichtsphilosophische, schließlich, meint, um gleich den Titel einer anderen Schrift Kants im gleichen Zusammenhang zu nennen, „die Idee einer allgemeinen Geschichte in weltbürgerlicher Absicht“ als einen verborgenen Plan der Natur.

Vor allem die letztgenannte Ebene wird uns im Folgenden beschäftigen.

Die in Form eines Friedensvertrags zwischen ehemaligen Feinden verfasste Schrift sieht als institutionelle Grundvoraussetzung die Etablierung einer bürgerlichen, republikanischen Verfassung vor.

Nur diese Verfassungsform wird dem Prinzip der Freiheit der Menschen durch die unbedingte Unterwerfung aller unter das allgemeine und abstrakte Gesetz und der Forderung nach Gewaltenteilung gerecht.

Kant geht noch weiter:

Er verlängert diese zunächst innerstaatliche Perspektive auf eine internationale:

Wenn jedes Land eine solche, vollkommen gerechte Verfassung besitzt, können sich die Staaten zu einem föderativen Völkerbund und letztendlich zu einem „foedus pacificum“, einem universalen, allgemeinen und ewigen Friedensbund vereinigen.

In diesem Zustand wären, das ist das Ziel, die maximale Freiheit der Menschheit und all ihre „Naturanlagen“ vollständig entwickelt.

Die Geschichte der menschlichen Beziehungen vollzieht sich also auf drei Stufen:

Das Individuum wird zum Staatsbürger, der Staatsbürger zu einem Bürger des Völkerbundes und der „Völkerbündler“ zu einem Weltbürger.

Die Aufklärung, was nichts anderes heißt als: der kategorische Imperativ, ist Voraussetzung und zugleich Ziel allen Handelns.

Dieser Zustand der Vereinigung der Menschen als Weltbürger ist Kant die Erfüllung des verborgenen Plans der Natur.

Dieser Plan nimmt, Kant zufolge, in der Geschichte episodischen Verlauf. Staaten, welche sich notwendigen Reformen verweigern werden früher, oder später von einer Revolution überrollt. (Kant hatte die Französische Revolution gerade erst aus der Entfernung mitbekommen.)

Kant steht der Revolution nicht grundsätzlich ablehnend gegenüber.

Was, im Gegensatz zum reaktionären Regime, von der Revolution bleibt ist das wachsende Gut der Aufklärung, das, durch eine neue Verfassung gebändigt, vom Status des Unrechts auf den Weg „Zum ewigen Frieden“ zurückgeführt wird. Ich komme später darauf zurück, warum für Kant die Revolution dennoch unrecht ist.

II

Welche Rolle spielt aber jetzt die Moral in diesem Prozess?

Nun, wir haben gesehen, welche fundamentale Bedeutung für Kant das allgemeine, abstrakte Gesetz hat. Die Moral ist für ihn die Theorie des Rechts und mit dem Recht identisch.

Dies hat eine weitreichende Konsequenz.

Denn dem Recht, und damit der Moral haben sich die politischen Akteure *unterzuordnen*.

Dies ist der Kern und das Neue an Kants Entwurf: Die Unterwerfung der Politik unter das Recht.

Die Moral ist also nicht Werkzeug in der Hand des Politikers, sondern lenkt ihn.

Sie ist regulatives Prinzip der Freiheit und entspringt der Aufklärung. Ihr Medium ist die Öffentlichkeit – die Publizität.

Auch hierauf werde ich noch zurückkommen.

Kant setzt sich mit dem Personal auseinander, das den Lauf der Geschichte entweder fördert, oder behindert.

1.

Der politische Moralist betrachtet das Volk als Untertanen, nicht als aufgeklärt und auch nicht zur Aufklärung befähigt.

Er politisiert die Moral, das heißt er schmiedet sich die Moral taktisch im Sinne einer „Staatsklugheit“ zu Recht.

Er nimmt sie in Dienst.

„Staatsklugheit“, im Sinne Kants, ist ein negativ besetzter Begriff. Mit ihm drückt Kant die Perspektive des politischen Moralisten aus, welche opportunistisch immer vom Wollen, nicht vom Sollen ausgeht.

Der politische Moralist blockiert den Zweck der Geschichte:

Die Pläne für ein Staats-, Völker und Weltbürgerrecht sind ihm bloße Theorie, nicht aber sittliche Pflicht.

Der Frieden ist nicht ein a priori gegebenes Ziel, sondern höchstens eine zufällige, zeitlich begrenzte, Etappe auf dem Weg zur banalen Machtausdehnung – er ist niemals mehr als Waffenstillstand.

In solch einer, der „Staatsklugheit“ folgenden, Politik gibt es immer eine Hintertür.

Verträge stehen unter der „*reservatio mentalis*“, sie werden insgeheim vereinbart und scheuen das Licht der Öffentlichkeit.

Der politische Moralist unterwirft also die Moral der Politik und damit die Grundsätze dem Zweck.

Seine moralische Maxime lautet, pointiert gesagt: Der Zweck heiligt die Mittel.

Die Maxime, deren er sich bei der Planung seiner Intrigen bedient, sind folgende:

1. *fac et excusa*: Ergreife die günstige Gelegenheit, die Rechtfertigung fällt im Nachhinein leichter.
2. *Si fecisti, nega*: Leugne was du verbrochen hast und schiebe die Schuld auf die Untertanen.
3. *Divide et impera*: Spiele Konkurrenten gegeneinander und gegen das Volk aus. Danach herrsche.

Für den politischen Moralisten gibt es keine andere Moral als die Politik selbst, die er fälschlicherweise zur Moral erhebt.

Das gibt ihm die Möglichkeit zu einem rechtswidrigen und darum unrechten Verhalten.

Der politische Moralist kennt nur *Praktiken*, welche getrieben sind von persönlichen oder nationalen Partikularinteressen. Er hat jedoch keine *Praxis*, die, im kantischen Sinne, nichts anderes ist, als die ausgeübte Moral.

Moral und Politik werden also nur zum Schein in Einklang gebracht. Auch wenn Moral durchaus ein *funktionaler Begriff* ist, so kann sie doch niemals fungibles Werkzeug in der Hand des Politikers sein.

Zusammengefasst:

Der politische Moralist ist antiaufklärerisch. Er muss für seine Identität die Öffentlichkeit unfrei halten, um seinen Despotismus, also die Selbstherrschaft, beibehalten zu können.

Er selbst ist machterhaltender, aber darin perspektivloser Praktiker und alle Moral ist ihm nur Theorie.

2.

Der moralische Politiker hat den Despotismus überwunden, er ist Produkt und Protagonist der Aufklärung.

Er ist Republikaner und, im Gegensatz zu seinem ungeliebten Kollegen, zwar moralisch, aber keineswegs moralisierend.

Er betrachtet die Moral als Rechtslehre.

Also ist Moral für ihn identisch mit „Recht“.

Aufgrund dessen setzt er vor jede Aufgabe der praktischen Vernunft das formale Prinzip des kategorischen Imperativs.

Dieser ist die Basis jeden Handelns, des Politikers, wie übrigens auch der aufgeklärten Bürger.

In diesem Sinne unterwirft sich der moralische Politiker der Rechtspflicht, die ihm von der reinen Vernunft a priori vorgegeben ist. Er fügt sich der unbedingten Notwendigkeit der Einhaltung des kategorischen Imperativs als seinem Rechtsprinzip.

Hier wird Kant geradezu pathetisch:

„Die wahre Politik kann also keinen Schritt tun, ohne vorher der Moral gehuldigt zu haben.“

Für den moralischen Politiker ist der Friede nicht nur ein Zielpunkt unter anderen; er ist vielmehr die notwendige Folge der Pflichtunterworfenheit zum moralischen Handeln.

Der ewige Friede ist also der Zweck, der dem moralischen Politiker von selbst zufällt, wenn er ihn den Grundsätzen – dem kategorischen Imperativ - unterordnet.

Der ewige Frieden und der Weg zu ihm durch das Staats-, Völker- und Weltbürgerrecht ist für den moralischen Politiker eine sittliche Aufgabe.

Die Staatsklugheit wird bei dem moralischen Politiker zur Staatsweisheit.

Diese Weisheit unterscheidet sich in ihrem, bereits erwähnten, Pflichtbegriff von der Klugheit des politischen Moralisten.

III.

So soll eine Vereinigung des Volkes und später der Völker auf den Rechtsbegriffen der Freiheit und Gleichheit basieren, nicht Pragmatismus, sondern Pflichtgefühl und Pflichtanerkennung sollen ihre Voraussetzung sein.

Die vollständige Integration der Politik in die Moral, also deren Verrechtlichung, kann jedoch nur gelingen, wenn man ein mündiges und aufklärerisch motiviertes Publikum vorfindet und dieser Öffentlichkeit eine ganz besondere Rolle zuschreibt. Die Publizität rationalisiert die Politik im Namen der Moral. Dies ist, wie Habermas bemerkt hat, der äußerste Gegenschlag gegen den absolutistischen Herrschaftsansatz, der da lautet: *auctoritas non veritas facit legem*.

Kant ist in der Verankerung des Publizitätsansatzes radikal. Er verleiht auch ihm kategorische Qualität: *„Alle auf das Recht anderer Menschen*

bezogene Handlungen, deren Maxime sich nicht mit der Publizität verträgt, sind unrecht.“ Und auch die Umkehrung wird von ihm gleich einem Gesetz verkündet: „Alle Maximen, die der Publizität bedürfen (um ihren Zweck nicht zu verfehlen) stimmen mit Recht und Politik vereinigt zusammen.“

Das transzendente Prinzip der Übereinstimmung von Moral und Politik ist das der Publizität des öffentlichen Rechts und in späterem Stadium des Völkerrechts. Gesetze können unter der Kritik der Öffentlichkeit nicht mehr der gewaltsamen Selbstbehauptung dienen, sondern müssen den Kriterien der praktischen Vernunft standhalten.

In der Publizität findet sich somit das Prinzip, das allein die Einhelligkeit der Politik mit der Moral verbürgen kann.

Die moralische Politik im weltbürgerlichen Zustand stellt sich dem Urteil und der Kritik der Öffentlichkeit indem sie die Politik publik (im Sinne von transparent) macht. Veröffentlichte Politik kann per se niemals kriegerisch sein. Die moralische Politik organisiert den Prozess durch den letztlich die kollektive Einheit des vereinigten Willens zu einer allgemeinen und gerechten bürgerlichen Verfassung nach moralischen Grundsätzen entsteht.

Die Publizität ist, in diesem Sinne, ein moralisches Organisationsprinzip der Aufklärung. Sie enthält zugleich die Möglichkeit der Partizipation des aufgeklärten Publikums.

Auf dem Weg „Zum ewigen Frieden“ verliert deshalb der politische Moralist durch die Publizität seine Existenz. Das aufgeklärte Publikum, hat es einmal von der Offenlegung der Politik gebrauch gemacht, lässt keinen politischen Moralisten mehr zu, der es zurück in die Unmündigkeit führt.

Das Prinzip der Publizität verkündet sozusagen das Todesurteil für ihn. Es ist aber auch das Prinzip mit welchem sich Kant von der Revolution zugunsten der Reform verabschiedet. Denn die Revolution kann niemals gerecht sein, da sie zu ihrer Vorbereitung stets der Geheimsphäre bedarf, ehe sie in die Öffentlichkeit tritt. Sie ist geheimbündlerisch und deshalb unrecht, der Machthaber gegen den sie sich richtet, kann sie mit gleichem Anspruch bekämpfen, mit welchem sie ihn angreift.

In der Auseinandersetzung über die politisierte Moral entwirft Kant somit ein reformerisches Modell, welches die wesentlichen Bestandteile des modernen Rechtsstaats enthält. Er entwirft eine Staatstheorie, die einem pazifistischen Auftrag folgt und das Bedürfnis nach friedlicher Entwicklung des Individuums in der Welt in den Mittelpunkt stellt. Damit nimmt er Abkehr von den resignativen, statischen Ansätzen so genannter pragmatischer Politik zugunsten eines dynamischen Modells der staatlichen

Form menschlichen Zusammenlebens auf dem Globus. Der politische Moralist wird in dieser Dynamik den Anschluss verlieren. Die Geschichte geht über ihn hinweg.

Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.